

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 17.02.2016

Anfrage Nr.: 0006/2016/FZ
Anfrage von: Stadtrat Pfisterer
Anfragedatum: 04.01.2016

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 22. Februar 2016

Betreff:

Flüchtlingsunterkünfte in Rohrbach

Schriftliche Frage:

Grundsätzlich begrüße ich die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in den Stadtteilen von Heidelberg.

Wie ich aber schon in der letzten Gemeinderatssitzung, Herrn Bürgermeister Dr. Gerner persönlich sagte, wird der Hasenleiser übermäßig belastet.

Zusammen zwischen 150-270 Personen. Solch eine hohe Zahl und in der Konzentration auf einen Bereich, ist in keinem anderen Stadtteil vorgesehen.

Seit Jahren bemühen wir uns, den Ruf des Stadtteils zu verbessern. Dazu gehört auch das gerade eingeführte Quartiersmanagement. Solch eine Konzentration wäre gegenläufig zum Ziel des Quartiersmanagements.

Hierzu frage ich Sie daher Folgendes:

- Warum ist so eine hohe Konzentration, wie sonst nirgends in der Stadt, im Hasenleiser vorgesehen?
- Was sind die Gründe, dass in Rohrbach, genauer gesagt im Hasenleiser, in der Kolbenzeil 7-9 (ehem. Sprachheilkindergarten) ca. 100-140 Plätze geschaffen werden und an der IGH, dort wo noch die Container vom Bau stehen, ca. 50-130 Plätze?
- Warum wurden Rohrbach und die Südstadt bei der Verteilung nicht berücksichtigt?
- Wurden Standorte in Rohrbach und der Südstadt geprüft und falls ja, warum wurden diese verworfen?
- Welche Möglichkeit sehen Sie, dem Wunsch des Stadtteilvereins Rohrbach nach einer gerechteren und besseren Verteilung nach zu kommen?

Antwort:

Wie in der Informationsvorlage Drucksache 0254/2015/IV, der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.12.2015, der Informationsveranstaltung für alle Bezirksbeiräte und Stadtteilvereinsvorsitzenden am 07.12.2015, sowie der Gemeinderatssitzung am 10.12.2015 erläutert, wurden in allen Stadtteilen in Frage kommende Standorte (unbebaute Grundstücke, Plätze, bestehende Gebäude und Wohnungen) benannt und in einem strukturierten Verfahren auf der Basis von Geeignetheit und Verfügbarkeit und ähnliches bewertet.

Es wurde vor allem nach ungenutzten Grundstücken, Freiflächen oder Parkplätzen gesucht, die im Besitz der Stadt und schnell verfügbar sind. Zudem sollte möglichst eine Anbindung an das Leben im Stadtteil gegeben sein, um gute Rahmenbedingungen für eine rasche Integration der Menschen zu schaffen.

In jedem Stadtteil wurden darüber hinaus weitere Grundstücke in privater Hand untersucht. Die Verwaltung wird auf die jeweiligen Grundstückseigentümer zugehen und die Verkaufs-/ Verpachtungsbereitschaft erfragen.

Im gesamten Stadtgebiet wurden insgesamt 50 Standorte auf Basis der Prüfungsergebnisse in 3 Prioritäten kategorisiert. Es wurde im gesamten Stadtgebiet und somit auch in ganz Rohrbach nach Möglichkeiten gesucht, was nach Bewertung der Realisierbarkeit die 14 genannten Standorte der Priorität 1 hervorgebracht hat.

Dieses Konzept wurde am 02.12.2015 vom Haupt- und Finanzausschuss, sowie am 07.12.2015 bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Bezirksbeiräten und Stadtteilvereinsvorsitzenden aus allen Stadtteilen mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Abschließend hat dies der Gemeinderat in der Sitzung am 10.12.2015 mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen, ebenso zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Standorte sollen Zug um Zug realisiert werden. Die meisten Standorte sollen nur vorübergehend genutzt werden. Daher entstehen dort Pavillons, die sich ohne Eingriffe in die Umgebung wieder zurückbauen lassen. Nur an den Standorten, an denen perspektivisch eine langfristige Wohnnutzung möglich ist, wenn diese nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden, entstehen Wohngebäude in Massivbauweise.

Dies soll nach bisherigen Überlegungen an den Standorten „Im Weiher“ und „Kolbenzeil 7-9“ der Fall sein.

Der Standort „Kolbenzeil 7-9“ liegt für die Umsetzung in Rohrbach in der Präferenz klar vor dem IGH-Standort. Die Pavillon-Lösung auf dem IGH-Grundstück soll nur dann realisiert werden, wenn die anderen Standorte in der Gesamtstadt ausgeschöpft sind und nicht ausreichen sollten.

Die Stadt Heidelberg wird vor Baubeginn der einzelnen Unterkünfte im jeweiligen Stadtteil in einer öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates über die geplanten Vorhaben informieren.

Sitzung des Gemeinderates vom 18.02.2016

Ergebnis: behandelt

